

Friedhelm Hengsbach

Das Kreuz mit der Arbeit

Politische Predigten

Kohlhammer

Kohlhammer

Friedhelm Hengsbach

Das Kreuz mit der Arbeit

Politische Predigten

Verlag W. Kohlhammer

Alle Rechte vorbehalten

© 2012 W. Kohlhammer GmbH Stuttgart

Umschlag: Gestaltungskonzept Peter Horlacher

Satz: michon, Niederhofheimer Str. 45a–c, 65719 Hofheim/Ts.

Gesamtherstellung:

W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 978-3-17-019527-1

Inhalt

Vorwort	7
1 „Und nachdem er ihn heruntergenommen hatte ...“ (Lk 23,50–56) Das Kreuz der Arbeit	11
2 „... dass der Stein umgewälzt ist“ (Mk 16,4) Arbeiterbewegung	30
3 „Mein Hirt ist der Herr!“ (Ps 23) Betriebsrat	39
4 „Mein Herr, dass ich wieder sehe!“ (Mk 10,46–52) Arbeitslosigkeit	53
5 „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ (2Thess 3,6–12) Hartz IV	67
6 „Ein Armer mit Namen Lazarus“ (Lk 16,19–31) Verwundete Gesellschaft	83
7 „Schau, ich habe nochmals fünf Talente verdient“ (Mt 25,14–30) Leistungsgesellschaft	96
8 „... je einen Denar“ (Mt 20,1–15) Gerechter Lohn	107
9 „Für alles gibt es eine Stunde“ (Koh 3,1–22) Arbeitszeit	119
10 „Frau, dein Glaube ist groß!“ (Mt 15,21–28) Gleichstellung der Frauen	131
11 „Der jüngste fehlt noch, aber der hütet gerade die Schafe“ (1Sam 16,4–13) Berufliche Bildung	148
12 „Ich gebe dir ein weises und verständiges Herz“ (1Kön 3,5–15) Unternehmerische Verantwortung	162

13	„Du Narr, wem wird es gehören?“ (Lk 12,16–21) Umgang mit dem Geld	175
14	„Ach und Weh, ihr Hirtenleute!“ (Jer 23,1–8) Das Versagen der Finanzeliten.	187
15	„Bei Euch soll es nicht so sein!“ (Mt 20,20–28) Kirchlicher Dienst.	206
16	„Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“ (Mt 22,15–22) Kirchenfinanzen	220
	Literaturhinweise	235

Vorwort

Die vorliegenden Predigttexte sollten ursprünglich unter dem Titel: „Zur Arbeit geboren“ (mit oder ohne Fragezeichen) erscheinen. Der Wechsel zu „Das Kreuz mit der Arbeit“ entspringt der Überzeugung, dass über die menschliche Arbeit weder metaphysisch noch anthropologisch geredet werden sollte. Ein naturalistisches Rationieren: „Der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen“ (Martin Luther) oder ein prinzipienethisches Sinnieren: „Die Arbeit ist eine grundlegende Dimension der Existenz des Menschen auf Erden“ (Johannes Paul II.) bleiben inhaltsleer, wenn sie die allgemeine Erfahrung ausblenden, dass die Arbeit der Menschen im Wandel der Zeiten und der gesellschaftlichen Verhältnisse unterschiedlichen Deutungsmustern unterliegt.

Der neue Titel trägt dieser Einsicht Rechnung. Ohne den Blick auf die aktuelle Situation und deren strukturelle Herausforderungen lässt sich keine normative Antwort auf die Frage nach der Arbeit der Menschen finden, die überzeugend klingt. Die Regie eines Forums auf dem 13. Evangelischen Kirchentag, der 2011 in Dresden stattfand, war ebenfalls dieser Vorgehensweise gefolgt. Der theologischen Reflexion über die Arbeit ging eine detaillierte Diagnose der Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik voraus. Es wurde deutlich, dass die real existierende moderne Arbeitsgesellschaft zwar ein egalitäres Image hat, aber gleichzeitig unter dem Druck einer kapitalistischen Wirtschaft ein feudales Erbe mit sich schleppt.

Das Thema der gesellschaftlichen Arbeit hat mich bewegt, seit ich als junger Dozent an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main mit den Vorlesungen und Seminaren zur Wirtschafts- und Gesellschaftsethik gestartet bin. Der entscheidende Anstoß kam allerdings von außen: Das Kolpingwerk Bayern hatte 1980 zu einer Fachtagung über „Die Humanisierung der Arbeit“ eingeladen. Bald danach jedoch wechselten die Themen, von denen die politische Öffentlichkeit beherrscht war: Nach der nochmaligen Ölpreiserhöhung wurde der zweite Schub der Massenarbeitslosigkeit 1981/82 erkennbar. Und auf der Stelle meldeten sich die Propheten zu Wort, die ein Ende der Erwerbsarbeit ankündigen. 1984 wurde um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und den Einstieg in die 35-Stundenwoche erbittert mit Streik und Aussperrung gekämpft. Die Forderungen der Gewerkschaften wurden von den Arbeitgebern mit dem Angebot einer flexiblen Gestaltung der individuellen Arbeitszeit ausgehebelt. Wie scheinbar der Kompromiss war, zeigt sich nach 30 Jahren: Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt derzeit 42 Stunden. Das angebliche Jahrhundertwerk jener arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen, die von der rot-grünen Koalition gesetzlich verankert wurden, hat zu Beginn des neuen Jahrhunderts das Normal-

arbeitsverhältnis deformiert und die in Deutschland etablierten arbeitsrechtlichen Regelwerke des Flächentarifvertrags, des individuellen Arbeitsschutzes und der solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme einem entfesselten Finanzkapitalismus ausgesetzt. Während dieser Zeit begann ich zu ahnen, dass die wirtschaftspolitische Musik nicht in der Sphäre abhängiger Beschäftigung spielt, auch nicht in der Rahmung eines dynamischen Wettbewerbs auf den Gütermärkten, sondern auf den Finanzmärkten und unter den dominanten Finanzakteuren, die ein Unternehmen als bloße Kapitalanlage begreifen und nach dem Maß einer reinen Finanzkennziffer bewerten.

Die gleitende Verschiebung der Perspektive im Blick auf die gesellschaftlich organisierte Arbeit drückt sich in der Reihung der Predigten aus. Beherrschend bleibt weiterhin die Lebenslage abhängiger Arbeit, wie sehr derzeit die Arbeitsinhalte verdichtet und das Arbeitstempo beschleunigt werden, wie die Grenzen zwischen der Erwerbsarbeit und der Privatsphäre zerfließen und wie die Übergriffe der Konzerne auf das Arbeitsvermögen und die arbeitenden Personen selbst zunehmen. Dass jedoch die abhängig Beschäftigten der „Sprache der Märkte“ nicht wie Getriebene ausgeliefert sind, sollen die geschichtlichen Niederlagen und Siege der Arbeiterbewegung (Text 2) ebenso belegen wie die Rollen, die den Betriebsräten inzwischen als persönlichen Ratgebern, Co-Managern, Interessenvertretern und Verhandlungspartnern zugewachsen sind (Text 3). Die verheerenden Folgen der politisch zugelassenen Massenarbeitslosigkeit: wachsendes Armutsrisiko, Ausschluss und gesellschaftliche Polarisierung verletzen die Gerechtigkeitsvorstellungen einer demokratischen Gesellschaft, die daran gemessen wird, wie sie mit den am meisten Benachteiligten ihrer Mitglieder umgeht (Text 4). Statt dessen wird das gesellschaftliche Klima von den Leistungslügen einer bürgerlichen Klasse beeinflusst, die individuelle Begabung und Anstrengung propagiert, den Zugang zu einer interessanten beruflichen Ausbildung und einer guten Arbeit jedoch an ganz andere Voraussetzungen koppelt, nämlich an das Einkommen und Vermögen, die gesellschaftliche Position und informellen Beziehungsnetze der Herkunftsfamilie oder die Geschlechtszugehörigkeit (Text 7). So schließt die Predigtreihe mit einem Blick auf das Versagen der wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Eliten: sie streuen Worthülsen unter das Volk, aber ihre Taten entlarven sie (Text 14).

Die vorliegende Sammlung geht auf Predigten zurück, die ursprünglich und erheblich konzentrierter in evangelischen und katholischen Gottesdiensten gehalten wurden. Sie waren auf einen konkreten Anlass bezogen – beispielsweise den Buß- und Bettag, den Aschermittwoch, auf bestimmte Fastensonntage, den Reformationstag, eine Diözesanwallfahrt, Jubiläumstage kirchlicher Sozialverbände, das Gedächtnis an Bischof Ketteler, den Ökumenischen Kirchentag oder eine Klausurtagung der Caritas. Auch die Orte hatten ein besonderes Gewicht – beispielsweise Nürnberg, Erlangen, Münster in Westfalen, Mainz, Weilheim, Frankfurt am Main, Neviges, Essen an der Ruhr oder Köln.

Die Texte sind untertitelt als „Politische Predigten“. Darunter sind hier – mit einer Ausnahme – liturgische, an Bibelworte angelehnte Ansprachen gemeint. Sie sollen „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen und Christen von heute“, die sich politisch engagieren, zur Sprache bringen und versuchen, die unmittelbaren Empfindungen und Urteile zu strukturieren. Die politische Dimension der Predigten war aus dem lokal angekündigten Zusammenhang erkennbar. Dennoch stürmte einmal nach einem Gottesdienst ein junger Kaplan auf mich zu: „Das war ja eine politische Predigt“. Na, und? „Das darf doch nur der Bischof“. Seit wann das? Immerhin fände ich es gut, wenn sich mehr Bischöfe in Deutschland eine politische Predigt jenseits unverbindlicher moralischer Appelle zutrauen würden.

Die ursprünglichen Predigten sind nachträglich redigiert, erweitert und strukturiert worden, so dass ihr situativer und anstößiger Ton bereits verblasst ist. Mein besonderes Anliegen während der Redaktion bestand darin, jene die Gegenwart berührenden Themen auf vergleichbare biblische Erfahrungen und Erzählungen zu beziehen. Diese Zuordnung zweier relativ eigenständiger Abschnitte war das Ergebnis einer überraschenden Entdeckungsreise, auf die mich die Lektüre zeitnaher Bibelkommentare gelockt hat. Allerdings war sie komplizierter, als ich zuerst vermutet hatte. Denn nachdem ich einzelne Textentwürfe persönlichen Freunden und Experten vorgelegt hatte, stellt ich fest, dass einige die biblische Auslegung interessant fanden, während ihnen die aktuelle Reflexion fremd erschien. Andere urteilten genau umgekehrt. Diese Reaktionen haben mich nicht total entmutigt, sondern in der Absicht gefestigt, intensiver daran zu arbeiten, die Zeichen der Zeit im Licht des Evangeliums zu deuten und aus der Außensicht aktueller sozio-ökonomischer Anfragen die biblischen Texte kreativ zu lesen sowie aus beiden Quellen Schlussfolgerungen für die christliche und kirchliche Identität zu ziehen. Was dabei bruchstückhaft geblieben ist, sollte die Leserinnen und Leser dazu anregen, selbst die erkannten Lücken zu schließen. Dies wünsche ich mir.

1 „Und nachdem er ihn heruntergenommen hatte ...“ Das Kreuz der Arbeit

Und siehe, da war ein Mann namens Josef, der Mitglied des Sanhedrin war, ein guter und gerechter Mann – dieser hatte seine Zustimmung zu ihrem Beschluss und ihrem Tun nicht gegeben – aus Arimathäa, einer Stadt der Juden. Er, der das Reich Gottes erwartete, ging zu Pilatus hin und bat um den Leichnam Jesu. Und nachdem er ihn heruntergenommen hatte, wickelte er ihn in ein Leinentuch und legte ihn in ein aus Stein gehauenes Grab, in dem noch niemand gelegen hatte. Dieser Tag war ein Freitag und der Sabbat brach an. Die Frauen, die aus Galiläa mitgekommen waren und ihm das Geleit gegeben hatten, betrachteten das Grab und wie sein Leichnam hingelegt worden war. Nach ihrer Rückkehr bereiteten sie Gewürze und wohlriechende Öle vor.

(Lk 23,50–56)

Liebe Schwestern und Brüder,

„Holt den Menschen vom Kreuz!“ Unter diesem Titel hatte das bischöfliche Hilfswerk Misereor während der Fastenzeit vor ein paar Jahren eine Werbekampagne gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen am Rand der Weltgesellschaft gestartet. Gegen diesen Aufruf hatten Katholiken heftig protestiert. Waren sie besorgt, dass der Tod Jesu am Kreuz durch die unzähligen Opfer von Mord, Folter und sexueller Gewalt, unter denen heutzutage einfache Menschen leiden, in den Staub des Alltäglichen gezogen wird? Oder haben sie einfach vergessen, mit welcher Hochachtung das Lukasevangelium die mutige Tat des Josef von Arimathäa unmittelbar nach der Hinrichtung Jesu schildert?

I

Der Textabschnitt im Lukasevangelium enthält vier Episoden: das Porträt des Josef, seine erfolgreiche Petition bei Pilatus, die Herabnahme und Bestattung des toten Körpers, das Zeugnis der Frauen. Seine Botschaft lautet: Jesus ist von einem angesehenen Juden im Einvernehmen mit Pilatus wie ein Gerechter bestattet worden, nachdem er als Gerechter gestorben war.

Josef

Eine redaktionelle Floskel lenkt die Aufmerksamkeit auf den Hauptakteur des Textabschnitts. Dessen Zugehörigkeit zum jüdischen Volk, herausragende Stellung als Ratsherr, moralische Überzeugung und religiöse Erwartung kennzeichnen ihn als einen vornehmen und tadellosen Menschen. Sein aufrichtiger Charakter wird dadurch hervorgehoben, dass er dem Beschluss des hohen Rates und dessen Agitation nicht zugestimmt hatte, die dazu führten, dass Jesus verhaftet, verhört, an Pilatus ausgeliefert, verurteilt und hingerichtet wurde.

So ist er in Gottes Pläne und großen Werke einbezogen worden. Diese haben die zerstörerischen Entscheidungen und schuldbeladenen Taten der Menschen durchkreuzt. Während die politischen und religiösen Eliten sowie die Mitbürger von Jerusalem ihre Feindschaft gegen Jesus austobten, während die Seinen sich aus Angst auf und davon machten und während die eigene Familie den Ereignissen gleichgültig fern blieb, hat Gott Verbündete und Freunde Jesu gesammelt: Simon von Cyrene, den guten Verbrecher am Kreuz, die Frauen aus Galiläa und Josef aus Arimathäa.

Die Petition

Die Bestattung eines Toten ist gewöhnlich eine Sache der Familie. Aber nach dem Zeugnis der synoptischen Evangelien hatten die Angehörigen einschließlich seiner Mutter ein eher distanzierendes Verhältnis zu Jesus. Diejenigen, die Jesus gefolgt waren, hatten sich nach seiner Gefangennahme zerstreut und ihn allein gelassen. Von diesen war niemand bereit oder beherzt genug, Jesus die letzte Ehre zu erweisen.

Jüdische Angehörige eines zum Tod Verurteilten konnten die römischen Behörden um die Herausgabe des Toten ersuchen, nachdem dieser hingerichtet war. Ein solches Gesuch war auch aus zwei Gründen angesagt. Normalerweise durften nach römischem Recht die zum Tod Verurteilten nicht beerdigt werden. Aber die Juden waren gemäß dem Gebot des Mose verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Sonne nicht unterging, bevor ein Gehängter bestattet wurde. Die Leiche sollte nicht über Nacht am Pfahl hängen bleiben, sondern noch am selben Tag begraben werden, an dem die Todesstrafe vollstreckt wurde (Dtn 21,22 f).

Die Abnahme

Wer die Ereignisse historisch einordnet, kann nicht ausschließen, dass Jesus wie andere zum Tod Verurteilte in ein Massengrab geworfen wurde, ohne in ein Leichentuch gehüllt zu sein. Petrus erwähnt im Verlauf seiner Predigt in Antiochien, dass die Einwohner von Jerusalem und ihre Führer Jesu Hinrichtung von Pilatus verlangt, ihn vom Holz abgenommen und ins Grab gelegt hätten (Apg 13,27–29).

Zwar hat die Mischna die gläubigen Juden angeleitet, die zum Tod Verurteilten zu bestatten – allerdings nicht in der Nähe der ehrbar Verstorbenen, damit diese durch kriminelle Mitglieder des Volks nicht befleckt würden. Für Hingerichtete waren zwei Grabhöhlen vorgesehen, eine für die Erdrosselten und Enthaupteten, eine andere für die Gesteinigten und Verbrannten.

Umso deutlicher wird das Anliegen des Evangelisten Lukas erkennbar zu berichten, wie der vornehme Ratsherr Josef dem toten Jesus eine würdige Bestattung bereitet hat und welche Ehrfurcht er gegenüber Jesus empfindet. Der tote Körper wird mit einer zweifachen Hülle umgeben, einem Leichentuch aus Leinen und einem aus Steinen gehauenen Grab. Mit einer dreifachen Verneinung hebt der Text hervor, dass das Grab absolut neu, ganz unberührt war. Der tote Jesus wird von keinem anderen angesteckt, er selbst infiziert niemanden.

Die Datierung der Grablegung auf einen Freitag, noch bevor der Sabbat mit dem Aufleuchten des Abendsterns anbricht, stellt theologisch eine kosmische Verbindungslinie her zwischen dem Schlusspunkt des Todes, nämlich der Grablegung Jesu als dem Ort seiner Ruhe, und dem Glauben der Christen an die Auferweckung von den Toten.

Die Frauen

Sie gehören zu denen, die mit Jesus aus Galiläa gekommen und ihm bis in den Tod, wenngleich auf Sichtweite, gefolgt waren. Sie vollenden ihre Nachfolge, indem sie ihn bis ans Grab geleiten. Auf diesem Weg bezeugen sie die Ganzheit des Lebens Jesu, in Galiläa den Menschen Heilung und Heil zu bringen, für seine Worte und Taten verfolgt zu werden, in Jerusalem den Tod auf sich zu nehmen und dort nun die letzte Ruhe zu finden. Sie gehören mit zum Kern derer, die Gott um Jesus, den er in seinem Tod als gerecht bestätigt hat, sammelt. Der Ratsherr Josef sorgt für eine würdige und ehrenvolle Bestattung des Gerechten. Die Frauen bereiten aromatische Kräuter und duftende Salben vor, um dem Leichnam eine besondere letzte Ehre zu erweisen. Vor allem jedoch treten sie in der jungen Kirche als Zeugen auf, die den Ort der letzten Ruhe Jesu und die Lage seines toten Körpers im Blick behalten haben.

Schandpfahl/Trophäe

In der Darstellung der Grablegung wird das Wort „Kreuz“ auffälligerweise vermieden. Diese Zurückhaltung wird von zahlreichen deutschen Übersetzungen nicht ertragen. Vermutlich soll die schockierende Nachwirkung der grausamen römischen Hinrichtungsform durch die mutige Petition des frommen Juden Josef abgedefert werden, der neben dem heidnischen Hauptmann den Blick auf Gottes Pläne und Urteile lenkt. Gott lässt Jesus zwar ins Totenreich fallen, aber vergisst ihn dort nicht, sondern sichert ihm zumindest eine ehrenvolle letzte Ruhe.

Unter dem Beistand des Geistes Jesu hat die frühe Kirche zu begreifen versucht, dass der schändliche Tod Jesu und seine Auferweckung von den Toten kein Zufallstreffer waren, sondern Gottes Entschluss entsprungen. Die ersten Christen haben sich an das vierte Lied vom Gottesknecht des Propheten Jesaja erinnert, das in der Liturgie des Karfreitags gelesen wird. „Er hatte keine schöne und edle Gestalt, so dass wir ihn anschauen mochten. Er sah nicht so aus, dass wir Gefallen fanden an ihm. Er wurde verachtet und von den Menschen gemieden, ein Mann voller Schmerzen, mit Krankheit vertraut. Wie einer, vor dem man das Gesicht verhüllt, war er verachtet; wir schätzten ihn nicht. Aber er hat unsere Krankheit getragen und unsere Schmerzen auf sich geladen. Wir meinten, er sei von Gott geschlagen, von ihm getroffen und gebeugt.“ (Jes 53,2–4) Die ersten Christen haben indes- sen im Propheten Jesaja weiter gelesen: „Doch der Herr fand Gefallen an seinem zerschlagenen Knecht“ (Jes 53,10). So lernten sie die Bedingungen der Nachfolge Jesu zu begreifen: „Wer mein Jünger sein will, verleugne sich selbst, nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach“ (Mk 8,34). Mehr oder weniger zufällig geriet ein Bauer auf dem Heimweg in die Nachfolge des gekreuzigten Jesus: „Als sie Jesus hinausführten, ergriffen sie einen Mann aus Zyrene namens Simon, der gerade vom Feld kam. Ihm luden sie das Kreuz auf, damit er es hinter Jesus hertrage“ (Lk 23,26). Paulus besingt bereits aus gehörigem Abstand und in vollmundiger Apo- logie die Dialektik des Kreuzes als Gottes Kraft und Weisheit. „Die Juden fordern Zeichen, die Griechen suchen Weisheit. Wir dagegen verkündigen Christus als den Gekreuzigten: für Juden ein empörendes Ärgernis, für Heiden eine Torheit, für die Berufenen aber, Juden wie Griechen, Christus, Gottes Kraft und Gottes Weisheit“ (1Kor 1,22 f).

Unter den frühen Christen war ein solcher Respekt vor dem Kreuz als einem Eh- renzeichen nicht leicht und außerhalb der christlichen Gemeinde gar nicht vermit- telbar. Im ersten Jahrhundert nach Christus wurde an eine Hauswand in Rom ein Graffito gekritzelt, das einen jungen Mann in griechischer Kleidung darstellt, der ein Kreuz betrachtet, an dem ein Esel hängt. Darunter steht geschrieben: „Alexa- menos betet seinen Gott an“. Erst nachdem Konstantin die Macht im römischen Reich erobert hatte, änderte sich der Blick auf das Kreuz. Vor der Schlacht bei der Milvischen Brücke im Oktober 312, in der Konstantin seinen Rivalen Maxentius schlug und zum alleinigen Herrscher im Westreich wurde, soll er am Himmel ein Kreuz mit den Worten gesehen haben: „In diesem Zeichen wirst du siegen!“ Er be- fahl den Soldaten, das christliche Symbol auf ihre Schilde zu malen und erklärte es zu seinem Feldzeichen. Für Ambrosius von Mailand wird das Kreuz zur Trophäe: „Am triumphalen Galgen hängt die der Welt entthobene Ausbeute“. So wurde das Kreuz mehr und mehr zum Siegeszeichen einer Kaiserkirche. Seit dieser Zeit haben Mächtige im Namen des Gekreuzigten gnadenlose Unterwerfung erzwungen. Die Reichen haben Armut und Entsagung des Volks propagiert. Die Männer haben die Unterdrückung von Frauen gerechtfertigt. Bischöfe und Päpste haben den Ge- horsam von Laien gefordert. Im Namen des Kreuzes wurde Jerusalem erobert und

auf dem Weg dahin wurde geplündert, gemordet und vergewaltigt. Juden wurden durch die Städte am Oberrhein gejagt, Frauen als Hexen gefoltert und verbrannt, Schwarzafrikaner versklavt und nach Amerika deportiert, Indios vertrieben und vernichtet. Die absolute Herrschaft des Menschen wurde über eine wehrlose Natur behauptet. Haben Konstantin und die konstantinische Kirche das Zeichen des Kreuzes überhaupt richtig verstanden?

II

Nehmt den Menschen herunter vom Kreuz der Arbeit! Befreit die Menschen vom Zwangsverhältnis einer Erwerbsarbeit, die entfremdete Arbeit und enteignete Zeit ist! Solche Forderungen erheben diejenigen, die in ihren Arbeitsverhältnissen jene Strafanndrohung verwirklicht sehen, die nach dem Zeugnis der Bibel Gott an den Mann gerichtet hatte, als Adam und Eva aus dem Paradies ausgewiesen wurden: „So ist verflucht der Ackerboden deinetwegen. Unter Mühsal wirst du von ihm essen alle Tage deines Lebens. Dornen und Disteln lässt er dir wachsen, und die Pflanzen des Feldes musst du essen. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis du zurückkehrst zum Ackerboden. Von ihm bist du ja genommen“ (Gen 3,17–19).

Immer Arbeit

Martin Luther hat behauptet: „Von Arbeit stirbt kein Mensch. Aber durch Müßiggehen kommen die Leute um Leib und Leben. Denn der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen“. Papst Johannes Paul II. hat 1981 ein Sozialrundsreiben über die menschliche Arbeit veröffentlicht. Darin schreibt er, dass die Arbeit eine grundlegende Dimension der Existenz des Menschen auf Erden sei. Kein Tier und keine Maschine arbeiten, sondern nur der Mensch. Derjenige, der arbeitet, werde gesellschaftlich anerkannt, verwirkliche sich selbst und gewinne durch die Arbeit seinen Lebensunterhalt. Nun sind solche Äußerungen sozialmetaphysische oder sozialanthropologische All-Aussagen. Werden sie der geschichtlichen Vielfalt von Arbeitsverhältnissen und deren Bewertung gerecht?

Entwertete Arbeit

In der griechisch-römischen Antike wird die Arbeit mit gegensätzlichen Wortfeldern umschrieben. Xenophon, Platon und Aristoteles werten die Arbeit von Handwerkern und Kaufleuten als Tätigkeiten von „Banausen“ ab. Solche Arbeit mache unfähig zum Kriegsdienst und gewähre nicht die Muße für geistige Tätigkeiten und politisches Engagement, meinen sie. Handwerkliche Arbeit töte den Geist und lasse die Seele verkümmern.

Sokrates wird die Frage in den Mund gelegt: Warum werden die handwerklichen Tätigkeiten verachtet? Seine Antwort: Arbeiten, die Menschen zum Sitzen, zum Stubenhocken und zum Aufenthalt am Feuer zwingen, fügen ihnen körperliche Schäden zu. Zimmerleute, Schuster, Schmiede, Bauern und Kaufleute gelten als unwissend. Ihre Handarbeit wird als Schande angesehen, weil sie die menschliche Vernunft animalischen Triebkräften unterordnet. So scheint es konsequent zu sein, wenn Aristoteles die Handwerker, Kaufleute und Bauern von den Bürgerrechten ausschließt; sie haben nicht Muße genug, um die bürgerlichen Tugenden zu entfalten und an den Angelegenheiten der Polis teilzunehmen. Cicero meint, dass alle Handwerker sich mit einer schmutzigen Tätigkeit befassen, denn eine Werkstatt kann nichts Edles an sich haben. Körperliche Arbeit disqualifiziert den Menschen physisch, intellektuell, sozial und moralisch. Arbeit gegen Lohn entehrt den Menschen. Wer Lohn annimmt, wird dadurch zum Sklaven. Die Entwertung handwerklicher Arbeit ist ein Spiegel der antiken Gesellschaft. Diese verachtet die, denen solche Arbeiten zugewiesen wurden, nämlich Sklaven und Fremde.

Gedelte Arbeit

Das jüdisch-christliche Verständnis der Arbeit hat seine Wurzeln im geschichtlichen und geografischen Umfeld der Bibel. Auf Grund geschichtlicher Erfahrungen und deren religiöser Deutung hat das Volk Israel ein Kontrastbild menschlicher Arbeit ausgemalt: Die Zwangsarbeit im fremdem Land, die miserable Lage fremdländischer Fronarbeiter im „Arbeitshaus“ Ägypten, ihre Rechtlosigkeit und unerträgliche Arbeitslast werden in dunklen Farbe geschildert. Das Gegenbild, die frei gewählte und menschenwürdige beim Bau des Nationalheiligtums wird in hellen Farben gezeichnet. Mit dieser Arbeit vollenden die Menschen das Schöpfungswerk Gottes, wozu er sechs Tage gebraucht hat. Sie weckt künstlerische und handwerkliche Fähigkeiten von Männern und Frauen, ihre Beteiligung mit Kopf, Herz und Hand. Auf einer solchen Arbeit ruht die Herrlichkeit Gottes. In der Verkündigung Jesu findet sich gemäß dieser jüdischen Tradition eine positive Bewertung der körperlich-manuellen Arbeit. In den Gleichnissen spielt die alltägliche Arbeit der Männer und Frauen eine anschauliche Rolle – neben der Hausarbeit die Arbeit im Weinberg, während der Ernte. Sie ist ihren gerechten Lohn wert. Die Anhänger Jesu in Galiläa waren Angehörige alltäglicher Berufe auf dem Land oder gehörten zu den deklassierten Schichten in prekären Lebensverhältnissen – Fischer und Zöllner, Gelegenheitsarbeiter, Tagelöhner und Arbeitslose. Jesus selbst war Handwerker. Den Christen gelang es beim Übergang von der Antike zum Mittelalter, jede Arbeit ohne Rücksicht darauf, ob es sich um handwerkliche oder geistige Arbeit handelt, aufzuwerten. Damit haben sie einen für die Antike grundlegenden Maßstab sozialer Differenzierung durchkreuzt.

Augustinus, Pachomius und Benedikt ordneten die Arbeit der Mönche in die Regel des „Ora et labora“ ein. Die Gemeinschaft der Mönche wurde als Gesinnungs-

Güter- und Arbeitsgemeinschaft gefasst. Pachomius verpflichtete die Mönche zu produktiver Arbeit. Er grenzte sie gegen die Anachoreten ab, die in der Naherwartung des Weltendes morgens Körbe flochten, die sie nachmittags wieder auflösten. Die Arbeit diente der Existenzsicherung und dem karitativen Engagement.

Die mittelalterliche Gesellschaft war in drei Stände ausdifferenziert: die Kleriker, die Adligen oder Ritter und die Arbeitenden. Zu den Arbeitenden gehörten die Bauern, Kaufleute, städtischen Handwerker und Professoren. Die Arbeitenden in den freien Städten waren zu Gilden, Zünften oder Gruppen von Handwerksgesellen zusammengeschlossen – etwa in den Wirtschaftszweigen der Waffenherstellung, des Baugewerbes, des Handels, der Landwirtschaft und des Gartenbaus. Die Armutsbewegungen entwickelten eine besondere Vorliebe für die körperliche Arbeit und sahen darin einen Protest gegen die Ständegesellschaft. Franz von Assisi wird die Aussage zugesprochen: „Ich arbeite mit meinen Händen und will arbeiten und es ist mein fester Wille, dass alle anderen Brüder eine Handarbeit verrichten, die anständig ist“. Alle Brüder, die arbeiten können, sollten ein ihnen vertrautes Handwerk ausüben. Jeder sollte auch das Werkzeug und Gerät haben, das er für sein Handwerk braucht. Besondere Wertschätzung genossen die künstlerischen Handwerker an den Sakralbauten: Maler, Glasmaler, Steinmetze. Die im Mittelalter verehrten Heiligen wurden mit Attributen des Handwerks und der Landwirtschaft versehen.

Erzwungene Arbeit

Während der Krise des Spätmittelalters im 14./15. Jahrhundert mobilisierte die königliche Verwaltung in Frankreich die Adligen, die handwerklichen Stände und die Bürgerschaft in den freien Städten gegen ein „Milieu der Nacht“ von Bettlern, Dieben, Verbrechern, Zuhältern und Prostituierten. Sie wurden als „arbeits scheue Elemente, die in den nächtlichen Großstädten ihr Unwesen treiben“, diffamiert. Man unterschied in dieser Randschicht der Bevölkerung drei Kategorien: erstens Menschen, die arbeiten, zweitens Menschen, die arbeitswillig, aber nicht arbeitsfähig sind, die würdigen Armen, und drittens Menschen, die als arbeitsfähig gelten, aber nicht arbeitswillig sind, die arbeitsscheuen, unwürdigen Armen. Die Armut wird im Zeichen der Arbeit kontrolliert. Die Bettler erhalten eine Lizenz und ein Bettlerabzeichen. Armut wird bürokratisch aufgearbeitet, die Armen werden diszipliniert, damit sie arbeiten, fleißig und ordentlich sind.

Aufgeklärte Arbeit

Während die mittelalterliche Ständeordnung zerbricht, werden utopische Gesellschaftsentwürfe gezeichnet. Sie beschreiben eine Gesellschaft, die auf der Arbeit aller beruht und keine Armut kennt. Während freiwillig Arme, kräftige gesunde Bettler und Adlige diffamiert werden, wird Arbeit zum Selbstzweck erhoben. Sie mache glücklich und verschaffe Reichtum.

Solche Gesellschaftsutopien sind die Vorboten des „homo faber“ der Neuzeit. Dieser bringt – wie Robinson Crusoe – allein durch seine Arbeit und eine selbst geschaffene Technik die neue Zivilisation hervor. Arbeit ist nicht mehr nur Instrument im Kampf gegen Armut und Müßiggang, sondern produktive Kraft der Weltgestaltung und -verbesserung, Medium der Selbstverwirklichung und des sozialen Fortschritts. Der Einstellungswandel drückt sich in vier Optionen aus: Arbeit wird positiv bewertet. Sie ist zentraler Produktionsfaktor der Gesellschaft. Arbeit, nicht Sparsamkeit, erzeugt Vermögen und Reichtum. In der Arbeit werden handwerkliche Tradition und Technik miteinander verknüpft.

Funktionale Arbeit

Die neuzeitliche Arbeit ist eine ausdifferenzierte, organisierte Teilspäre der Gesellschaft geworden: „Arbeit an und für sich“. Produktions- und Wohnort, betriebliche Organisation und privater Haushalt, Erwerbsarbeit und Nichtarbeit, Arbeit und Leben, Männer- und Frauenarbeit sind voneinander getrennt.

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse und deren sozio-technische Umformung haben in drei revolutionären Schüben den Wirkungsgrad menschlicher Arbeit enorm vervielfältigt. Zuerst sind menschliche Handfertigkeiten, dann menschliche Energie und schließlich menschliche Intelligenz in technische Geräte ausgelagert worden. Arbeit ist instrumentalisiert: Die Menschen arbeiten, um zu leben. Sie wollen ihre gesteigerten Bedürfnisse befriedigen und ihre Lebensqualität durch mehr Nahrungsmittel, Industriegüter und Kulturgüter erhöhen.

Moderne Erwerbsarbeit

Die moderne Erwerbsarbeitsgesellschaft ist das Resultat der Bauernbefreiung. Sie hat sich unter einen egalitären Anspruch gestellt. Das Oben und Unten der Feudalgesellschaft, in der die einen arbeiten und die anderen von fremder Arbeit leben, sollte nämlich ein für allemal beseitigt sein. Dass Menschen danach bewertet werden, ob sie sie mit dem Kopf oder mit den Händen arbeiten, sollte ebenso abgeschafft sein wie die Herrschaft der Männer über die Frauen. An die Stelle solcher Abhängigkeiten sollte das normative Leitbild treten, den Wohnort, die Partnerschaft und den Arbeitgeber frei wählen zu können. Jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige sollte auf dem Markt als gleichrangiger, selbstbewusster und souveräner Tauschpartner seine Arbeitskraft anbieten können – und zwar unter den Bedingungen, denen er zustimmte, und für ein Einkommen als Gegenleistung, das seinen Lebensunterhalt sicherte. Aber mit der Befreiung vom Joch der Leibeigenschaft war gleichzeitig der Verlust der Existenzgrundlage verbunden. Ein großer Teil der Bevölkerung, die in die so genannte Freiheit entlassen wurde, verfügte über kein anderes Eigentum als das persönliche Arbeitsvermögen. Wer nichts anderes sein Eigen nannte, konnte im Unterschied zu denen, die das Eigentum

über Grund und Boden behielten, nicht warten – keine Woche, keinen Monat, erst recht kein Jahr. Er war genötigt, seine Arbeitskraft auch zu den Bedingungen, die der Tauschpartner setzte, anzubieten, damit sein Lebensunterhalt gesichert blieb. Im Unterschied zum Arbeitgeber, der nicht von seinem Grund und Boden befreit wurde, stand er unter Kontrahierungszwang. Wegen dieser Notwendigkeit unterlag er einem Zeitdruck, der eine ungleiche Verhandlungsposition erzeugt. Zwar wird im so genannten freien Arbeitsvertrag bis heute unterstellt, dass beide Parteien dem Vertragsabschluss zwanglos zustimmen. Aber wenn der Vertrag unter extrem ungleichen Ausgangs- und Verhandlungspositionen zustande kommt, ist zwar die Freiheit der Zustimmung gewährleistet, nicht jedoch die Gerechtigkeit des Vertragsergebnisses. Ein freier Arbeitsvertrag unter ungleichen Verhandlungsbedingungen ist in der Regel ein strukturell ungleicher, vermutlich auch ungerechter Vertrag.

Diese Schiefelage wirtschaftlicher Macht ist durch den demokratischen Rechts- und Sozialstaat entschärft worden. Grundsätzlich wurde der egalitäre Anspruch der Erwerbsarbeitsgesellschaft nicht preisgegeben. So kann diese Gesellschaft eine allgemeine Erwartung an jedes ihrer Mitglieder sowie eine allgemeine Zusage, die sie jedem Mitglied macht, aufrechterhalten. Sie koppelt zum einen die Lebenschancen, die ihren Mitgliedern offen stehen, an die persönliche Arbeitsleistung und nicht an die Zugehörigkeit zu einer Familie oder an das Vermögen, den Bildungsstand, den gesellschaftlichen Rang oder das informelle Beziehungsnetz, über das die jeweiligen Eltern verfügen. Zum andern traut sie ihren Mitgliedern zu und erwartet von ihnen, dass sie zunächst die eigenen Begabungen und Energien mobilisieren, um den Lebensunterhalt zu gewinnen, bevor sie die Hilfe der Gesellschaft in Anspruch nehmen. Gleichzeitig sagt sie zu, dass alle, die arbeiten können und dazu bereit sind, eine Gelegenheit finden, um sinnvoll, sicher und gegen ein angemessenes Einkommen zu arbeiten.

Kann die moderne Arbeitsgesellschaft die Bringschuld, die sie gegenüber ihren Mitgliedern zu leisten versprochen hat, in den Zeiten einer verfestigten Massenarbeitslosigkeit noch einlösen? Immerhin währt diese fast 40 Jahre. Hannah Arendt hat dies schon 1954 bezweifelt: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ Demnach scheint sich die moderne Arbeitsgesellschaft in einen grundlegenden Widerspruch zu verstricken: Sie kann ihr Versprechen, das persönliche Lebensglück und die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Mitglieder fast ausschließlich über die Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu gewährleisten, nicht mehr gegenüber jedem Mitglied der Gesellschaft einlösen. Was Hannah Arendt besorgt in Aussicht gestellt hatte, wird heutzutage als angeblich plausible Hypothese vorgetragen. Der US-amerikanische Schriftsteller Jeremy Rifkin hat bezweifelt, dass wir im weiteren Verlauf dieses Jahrhunderts in automatisierten Fabriken noch arbeitende Menschen brauchen.

Horst Afheldt hat vermutet, dass Arbeit „billig wie Dreck“ werde. Ulrich Beck sieht die Welt auf einen „Kapitalismus ohne Arbeit“ zulaufen. Ralf Dahrendorf hält die Vollbeschäftigung gar für überflüssig. Sie sei eine sozialromantische Utopie, erklärt Reinhard Miegel. Und André Gorz sieht die Zeit kommen, da die abhängige Lohnarbeit durch selbst bestimmte Tätigkeiten und Arbeiten mit aufrechtem Gang aufgehoben wird. Haben solche Propheten, die das Ende der Erwerbsarbeit verkünden, Recht? Sind die Arbeitslosen vom Kreuz der Arbeit heruntergenommen? Sind sie ein zweites Mal befreit worden?

Gute Arbeit

Die Massenarbeitslosigkeit überdauert offensichtlich das Auf und Ab der Konjunkturen. Der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Einkommen sinkt tendenziell, der Personalabbau, die unbezahlte Mehrarbeit und die Arbeitsdichte nehmen zu. Die abhängig Beschäftigten haben darauf in einigen Ländern Europas reagiert. Sie haben Kampagnen gestartet, die sich für „Gute Arbeit“ einsetzen. Sie schließen sich damit der Initiative: „Decent Work“ der Internationalen Arbeitsorganisation an. Katholische Arbeiter in Österreich haben damit angefangen, kirchliche Sozialverbände in Deutschland sind ihnen gefolgt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen „Index gute Arbeit“ entwickelt, der laufend aktualisiert wird. Die IG Metall und die Gewerkschaft ver.di haben ähnliche Aktionen angestoßen und qualifizierte Studien erarbeitet. Denn wenn es darum geht, die aktuellen Arbeitsverhältnisse zu beurteilen, sollen zuerst diejenigen zu Wort kommen, die genötigt sind, ihr Arbeitsvermögen zu verkaufen und sich einem fremden Willen unterzuordnen, um zu überleben. Eine Forschungsgruppe aus München hat 2004 mehr als 5000 repräsentativ ausgewählte abhängig Beschäftigte befragt: „Was versteht Ihr unter guter Arbeit?“ und: „Wie erlebt Ihr eure Arbeit?“

Wie haben die Kolleginnen und Kollegen beschrieben, was sie „gute Arbeit“ nennen? An erster Stelle geben sie ein festes verlässliches Einkommen an sowie einen sicheren unbefristeten Arbeitsplatz. Außerdem soll Arbeit abwechslungsreich und sinnvoll sein. Sie soll stolz und selbstbewusst machen. Vom Vorgesetzten erwarten sie, dass er sie als Menschen anerkennt und nicht bloß als Kostenfaktor betrachtet. Dass er sie nicht in ein Leistungsrennen hineintreibt, sondern ihnen fachlich und beruflich hilft, damit sie selbst Verantwortung übernehmen können. Dass er anerkennende Worte findet und konstruktive Kritik anmeldet. Und dass er Verständnis auch für private Probleme aufbringt.

Die abhängig Beschäftigten haben auch darüber berichtet, wie sie ihre tatsächliche Arbeit erleben. Sie nennen positive Erfahrungen: die Zusammenarbeit, die Anerkennung, die konstruktive Kritik und das angenehme Arbeitsklima. Außerdem das Empfinden, dass ihre Arbeit sinnvoll ist. Am Arbeitsergebnis lasse sich ablesen, wie sehr die Anstrengung Früchte trägt. Der Vorgesetzte leiste soziale und fach-

liche Unterstützung. Eine Minderheit kann behaupten, dass die Arbeit abwechslungsreich ist, dass sie die Arbeitsabläufe beeinflussen können, dass sie eigene Kompetenzen entwickeln können und Angebote erhalten, sich betrieblich weiterzubilden. Andererseits liegen dunkle Schatten über der Erwerbsarbeit: In Deutschland verdient jeder sechste Vollzeitbeschäftigte weniger als 1500 € brutto. Ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten muss mit weniger als 400 € auskommen. Bedrückend ist die Unsicherheit, den Arbeitsplatz zu verlieren und keinen gleichwertigen wieder zu finden. Schwer belastend sind körperliche Anstrengungen, extrem einseitige Beanspruchungen, komplizierte Arbeitsprozesse, hohe Dauerkonzentration und Tätigkeiten, die nur eine geringe Fehlertoleranz zulassen.

In der Bilanz kommt jene Studie, die 2006 veröffentlicht worden ist, zu einem überraschenden Ergebnis: Nur drei Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland können gemäß der repräsentativen Stichprobe von sich sagen, dass ihr Arbeitsplatz das Prädikat „gute Arbeit“ verdient. Der Saldo zwischen den angenehmen und belastenden Seiten sei positiv und/oder es werde ein Einkommen erzielt, das höher ist als 2000 € brutto im Monat. 13 Prozent sind der Meinung, dass ihre Arbeit eine ausbaufähige Grundlage dafür biete, die Merkmale guter Arbeit zu gewinnen. Das Einkommen sichere die Existenz, es sei ihnen möglich, die Entscheidungen der Vorgesetzten und die Arbeitsgestaltung zu beeinflussen, sie würden sich in den Betrieb sozial eingebunden fühlen, allerdings auch starken Belastungen ausgesetzt sein. Aber mehr als 84 Prozent der Befragten geben zu, dass ein dunkler Schleier über ihrer Arbeit liegt; dass die belastenden Momente schwerer wiegen als die angenehmen Momente und/oder das Monatseinkommen brutto unter 2000 € liegt.

Gerechte Arbeit

Ist die Beschreibung schlechter Arbeit nur ein Gefühl? Oder wird sie durch empirische Daten belegt? Nachdem der Gesetzgeber, insbesondere die rot-grüne Koalition, die Arbeitsverhältnisse massiv entregelt hat, sind die atypischen Arbeitsverhältnisse bis 2009 bis auf ein Fünftel aller Beschäftigten gestiegen. Dazu gehört die Leiharbeit; sie hat sich in fünf Jahren (2003–2005) verdoppelt. Sie wird nicht nur wie vorgesehen eingesetzt, um Nachfragespitzen zu bedienen, sondern immer mehr als betriebliche Dauerregelung. Zu den atypischen Arbeitsverhältnissen zählen außerdem Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, Mini-Jobs, befristete und geringfügige Beschäftigung sowie der Niedriglohnsektor. Der 1-Euro-Job ist kein Arbeitsverhältnis, sondern eine Art Arbeitsdienst. Diesen Arbeitsformen ist gemeinsam, dass sie die Existenz nicht sichern. Die soziale Sicherung und die Arbeitnehmerrechte, wie der Kündigungsschutz und das Wahlrecht zum Betriebsrat, gelten nur eingeschränkt oder überhaupt nicht. Ende 2008 wurde der Lohn von 1,3 Millionen Erwerbstätigen durch Sozialleistungen aufgestockt, unter ihnen waren 300 000 Vollzeitwerbstätige. Gleichzeitig wurde beklagt, dass sich die Zahl der psychosomati-

schen Krankmeldungen in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt hat. Wie konnte es dahin kommen, dass die positiven Merkmale der Erwerbsarbeit tendenziell geringer und die bedrückenden Erfahrungen mehr geworden sind? Dass immer mehr abhängig Beschäftigte zusehen müssen, wie ihre Arbeit systematisch entwertet wird, wie sie sogar arm und krank macht?

Schlechte Arbeit ist schlecht gemachte Arbeit. Aber nicht von denen, die abhängig beschäftigt sind und darunter leiden, sondern von denen, die mächtig und reich sind und die sich angemaßt haben, die Arbeitsbedingungen ohne Rücksicht auf die Betroffenen zu diktieren. Drei Gründe lassen sich nennen, wie es zu der miserablen Erwerbsarbeit gekommen ist.

Seit Anfang der 1980er Jahre haben bürgerliche Kreise mit Erfolg versucht, das Arbeitsrecht, die Tarifautonomie, die solidarischen Sicherungssysteme und die öffentlichen Fürsorgeleistungen schlecht zu reden. Sie selbst sind von der Lebenslage abhängiger Erwerbsarbeit weit entfernt und nicht auf die solidarische Sicherung von Lebensrisiken angewiesen. Der Kündigungsschutz sollte ihrer Meinung nach gelockert, das Tariftkartell aufgebrochen, die Ansprüche an höhere Löhne sollten gezügelt werden. Die Lohnersatzleistungen und die Regelsätze der Sozialhilfe seien abzusenken, die Bezugsdauer und Höhe des Arbeitslosengelds sei zu kürzen. Die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollten zu einer einzigen Leistung zusammengeführt und abgesenkt werden. Praxisgebühren und Zuzahlungen zu den Medikamenten seien auch für Haushalte mit geringem Einkommen zumutbar.

Zahlreiche Industriekonzerne und Finanzunternehmen orientierten sich in den 1990er Jahren weniger am langfristigen realwirtschaftlichen Markterfolg, indem sie Kundenwünsche befriedigen, das Arbeitsvermögen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veredeln und ihre gesellschaftliche Verantwortung als Steuerzahlende übernehmen würden, sondern erstrangig an einer reinen Finanzkennziffer, dem „shareholder value“ und am kurzfristigen Börsenkurs. Sie schöpften ihren Profit weniger aus einer realen Investition, aus dem Verkauf von Gütern, aus der Schaffung attraktiver Arbeitsplätze und aus angemessenen Lohnzahlungen, die die Binnennachfrage stärken, sondern durch Finanzinvestitionen, das An- und Verkaufen von Betrieben, eine „Entlassungs“-Produktivität und bei konstantem Preis ein vermindertes Gütervolumen sowie eine geringere Lebensqualität ihrer Kunden.

Schließlich gelang es den Lobbyisten aus Industrie und Finanzwirtschaft, nationale Regierungen zu erpressen, damit sie ihre privaten Interessen retten zu Lasten der abhängig Beschäftigten und Steuerzahlenden. Ein ehemaliger Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank stellte die Frage, ob die Finanzmärkte nicht die „Fünfte Gewalt in der Demokratie“ seien, weil sie sensibler als vierjährige Parlamentswahlen signalisierten, was vernünftige Politik sei – nämlich Löhne, Steuern und Abgaben zu senken sowie möglichst wenig soziale Umverteilung zu organisieren.

Die Regierungen haben sich fahrlässig oder absichtlich einem solchen Druck gebeugt und sich dem Finanzkapitalismus zur Verfügung gestellt.

Kann es unter kapitalistischen Verhältnissen überhaupt gute Arbeit geben? Der Finanzkapitalismus hat das Arbeitsvermögen der Erwerbstätigen strukturell geschändet und „ans Kreuz genagelt“. Gegen den hundertjährigen Trend einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung haben seit 1995 erst die öffentlichen Arbeitgeber und danach die privaten Unternehmen durchsetzen können, dass die Arbeitszeit flexibilisiert und ohne Lohnausgleich verlängert wird. Durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters sind die Renten faktisch gekürzt worden. Trotz der konjunkturellen Erholung breiten sich Leiharbeit und der Niedriglohnsektor weiterhin aus, Das Privatisierungsfieber der Kommunen ist noch nicht abgeklungen; das Volksvermögen wird weiterhin verschleudert, öffentliche Güter werden nur eingeschränkt bereitgestellt, Der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist außer Kraft gesetzt. Frauen werden auf Abruf in die Warenhäuser kommandiert, Tarifverträge ausgehebelt. Erwerbsarbeit schützt nicht mehr vor Armut und Krankheit. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist gute und gerechte Arbeit für alle Erwerbstätigen eher unwahrscheinlich, allenfalls einer privilegierten Minderheit vorbehalten.

Welche strukturellen Gegengewichte sind notwendig, die Erwerbstätigen vom Kreuz der Arbeit herunterzunehmen? Eine vierfache Gegenmacht ist wäre stark genug, eine demokratische Aneignung kapitalistischer Marktwirtschaften herbeizuführen: nämlich der Sozialstaat, Flächentarifverträge, öffentlich bereitgestellte Güter und eine aktive Beschäftigungspolitik.

Sozialstaat

Der Sozialstaat ist eine wirksame Schranke gegen die zunehmende Vermarktung menschlicher Arbeit und gesellschaftlicher Risiken. Das Grundgesetz hat die bürgerlichen Freiheitsrechte derer, die über Vermögen verfügen, komfortabel gesichert, nämlich durch die Garantie der Handlungs-, Gewerbe- und Vertragsfreiheit sowie das Privateigentum. Für die wirtschaftlich-sozialen Grundrechte derer, die kein nennenswertes Geld- und Sachvermögen haben und darauf angewiesen sind, sich ausschließlich durch den Verkauf ihres Arbeitsvermögens und die Unterwerfung unter einen fremden Willen den Lebensunterhalt zu verdienen, hat sie einen „weißen Fleck“ hinterlassen, der allenfalls durch Sozialklauseln übertüncht wird.

Die Sozialklauseln der Verfassung sollen eine minimale Schranke gegen die Vermarktung des Arbeitsvermögens bilden. Diese wird errichtet durch die Wertentscheidung, dass Arbeit kein Gut wie viele andere, schon gar nicht eine Ware ist. Arbeit ist etwas Persönliches, denn sie kann nicht vom Träger des Arbeitsvermögens abgetrennt werden. Und sie ist etwas Notwendiges, denn während der Eigentümer von seinem Vermögen leben kann, kann der Arbeiter dies nicht, weil er keines hat.

Der Sozialstaat bietet einen doppelten Riegel gegen die Vermarktung menschlicher Arbeit. Erstens das Arbeitsrecht, ein Schutzrecht der abhängig Beschäftigten gegen die Willkür von Arbeitgebern. Wer den besonderen Kündigungsschutz aushebelt, stellt die ursprüngliche Schieflage der Machtverhältnisse im Arbeitsvertrag wieder her. Zweitens die solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken, die nicht durch individuelles Fehlverhalten, sondern durch gesellschaftliche Verhältnisse, etwa Arbeitslosigkeit, Armut im Alter, schwere Krankheit und Pflegebedürftigkeit sowie durch die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht verursacht sind. Wenn die herkömmliche erwerbswirtschaftliche Solidarität brüchig geworden ist, dann sollte eine erweiterte Grundlage gesucht werden. Eine „demokratische“ Solidarität bezieht alle Personen ein, die im Geltungsbereich der Verfassung ihren Lebensmittelpunkt haben, und macht alle Einkommen, die dort entstehen, beitragspflichtig.

Flächen- und Branchentarifverträge

Die ungewöhnliche Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung, die seit der Jahrhundertwende in Deutschland beobachtet wird, ist ganz erheblich auf die Flucht aus der Tarifbindung zurückzuführen. In Westdeutschland gilt nur noch für zwei Drittel der Betriebe ein Tarifvertrag, in den neuen Bundesländern nur noch für weniger als die Hälfte. Folglich ist vor oder neben der Debatte über Mindestlöhne die Flexibilisierung und die Auflösung der Flächen- und Branchentarife aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen. Denn erst durch den solidarischen Zusammenschluss der abhängig Beschäftigten besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die strukturelle Schieflage des Einzelarbeitsvertrags aufgehoben und auf gleicher Augenhöhe mit dem Arbeitgeber verhandelt werden kann. Solche Verhandlungen bieten die Gewähr, dass gerechte Löhne, gerechte Arbeitsbedingungen und gerechte Arbeitszeiten vereinbart werden. Und erst dann kann überhaupt durchgesetzt werden, was Wirtschaftsexperten eine „kostenniveauneutrale Lohnpolitik“ nennen. Diese besteht in einer Lohnforderung, die sich an der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung und an der Zielinflationsrate der Zentralbank orientiert. Eine solche Orientierung hätte in den vergangenen zehn Jahren einen jährlichen Nominallohnanstieg von durchschnittlich vier Prozent gerechtfertigt.

Kluge Privatisierung

Das hektische Fieber der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen sollte nach den verheerenden Erfahrungen der Finanzkrise aufhören, eingedämmt oder zumindest kritisch beurteilt werden. Die großen Erzählungen abergläubischer Ökonomen, dass der Rückzug des Staats aus der allgemeinen Daseinsvorsorge und die Übernahme dieser Aufgabe durch die Privatwirtschaft das Angebot leistungsfähiger, kostengünstiger und bürgernäher machen würde, haben sich nur in seltenen Fällen erfüllt. Verträge einer öffentlich-privaten Partnerschaft wurden geheim gehalten, selbst die Abgeordneten können sich keine präzise und umfassende Ein-